

Protokoll 158. Sitzung des Gemeinderats von Zürich

Mittwoch, 29. Oktober 2025, 17.00 Uhr bis 21.05 Uhr, im Rathaus Hard in Zürich-Aussersihl

Vorsitz: Präsident Christian Huser (FDP)

Beschlussprotokoll: Sekretariat Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP)

Anwesend: 118 Mitglieder

Abwesend: Rahel Habegger (SP), Karen Hug (AL), Maleica Landolt (GLP), Albert Leiser (FDP),

Luca Maggi (Grüne), Dafi Muharemi (SP), Roger Suter (FDP)

Der Rat behandelt aus der vom Präsidenten erlassenen, separat gedruckten Tagliste folgende Geschäfte:

1.		Mitteilungen	
2.	2025/430 *	Weisung vom 24.09.2025: Städtische Gesundheitsdienste, Studie zum regulierten Verkauf von Cannabis «Züri Can – Cannabis mit Verantwortung», Zusatzkredit	VGU
3.	2025/470 *	Weisung vom 22.10.2025: Liegenschaften Stadt Zürich, Soziale Dienste, Sportamt, Areal Zentralwäscherei, Verlängerung Zwischennutzung, Zusatzkredit	FV VS
4.	2025/460 * E	Postulat der AL-, Die Mitte/EVP-, SP- und Grüne-Fraktion vom 01.10.2025: Erhöhung der Ressourcen für die Offene Jugendarbeit für die Altersgruppe der 18- bis 25-Jährigen	VS
5.	2025/462 * E	Postulat von Anna-Béatrice Schmaltz (Grüne), Selina Walgis (Grüne) und Sophie Blaser (AL) vom 01.10.2025: Personen, die Sozialhilfe, Asylfürsorge oder Nothilfe beziehen, Ausrichtung einer monatlichen Pauschale für die Beschaffung notwendiger Menstruationshygieneartikel	VS
6.	2025/463 * E	Postulat von Selina Walgis (Grüne), Julia Hofstetter (Grüne) und Anna-Béatrice Schmaltz (Grüne) vom 01.10.2025: Freibad Auhof in Schwamendingen, Nutzung als Stadtpark während des Winterhalbjahres	VSS

7.	2025/464	* E	Postulat von Selina Walgis (Grüne) und Julia Hofstetter (Grüne) vom 01.10.2025: Zürcher Sport-Ferienlager in Fiesch, Menüangebot gemäss den Klimazielen der Stadt und den Ernährungsrichtlinien der städtischen Schulen	VSS
8.	2025/465	* E	Postulat von Julia Hofstetter (Grüne) und Selina Walgis (Grüne) vom 01.10.2025: Gesundes und klimafreundliches Menüangebot in den Gruppenhäusern der Stadt	VSS
9.	2025/466	* E	Postulat von Ronny Siev (GLP) und Karin Weyermann (Die Mitte) vom 01.10.2025: Städtische Sportanlagen, Zulassung von Lautsprecherdurchsagen, die hauptsächlich kommerziellen Reklamezwecken dienen	VSI
10.	2023/41		Weisung vom 01.10.2025: Motion von Jürg Rauser, Matthias Probst und 16 Mitunterzeichnenden betreffend Vorlage planungsrechtlicher Massnahmen zur Bezeichnung geeigneter Standorte für Wärmespeicher oder andere Energieanlagen zur fossilfreien Spitzenlastdeckung der Wärmenetze, vorgängige Potenzialabklärung über die Dimension und Vorantreiben bereits bestehender Projekte, Antrag auf Fristerstreckung	VIB
11.	2025/196		Weisung vom 21.05.2025: Finanzdepartement, Stiftung Einfach Wohnen, Kenntnisnahme Geschäftsbericht 2024	FV
12.	2025/197		Weisung vom 21.05.2025: Finanzdepartement, Stiftung Wohnungen für kinderreiche Familien, Kenntnisnahme Geschäftsbericht 2024	FV
13.	2025/252	!	Weisung vom 25.06.2025: Immobilien Stadt Zürich, Schulanlage Hans Asper, Umbau und Hitzeminderungsmassnahmen, Zusatzkredit	VHB VSS
14.	2025/253	!	Weisung vom 25.06.2025: Immobilien Stadt Zürich, Schulanlage Bullinger, Erweiterung, Projektierung, neue einmalige Ausgaben	VHB VSS
15.	2025/215	!	Weisung vom 04.06.2025: Sicherheitsdepartement, Genehmigung der Berichterstattung zum Leistungsauftrag, zum Geschäftsbericht und zur Jahres- rechnung des Forensischen Instituts Zürich (FOR) für das Jahr 2024	VSI

16.	2025/436	Α	Dringliches Postulat von Guy Krayenbühl (GLP), Marco Denoth (SP), Roger Meier (FDP) und 2 Mitunterzeichnenden vom 24.09.2025: Ferien- und Sportzentrum Hoch-Ybrig AG, Verzicht auf einen Verkauf der Beteiligung	FV
17.	2025/403	A	Dringliches Postulat von Reto Brüesch (SVP) und Johann Widmer (SVP) vom 10.09.2025: Strategische Reorganisation und nachhaltige Finanzierungsstrategie für das Schreiner Ausbildungszentrum Zürich (SAZ)	VS
18.	2025/404	Α	Dringliches Postulat von Moritz Bögli (AL), Christian Häberli (AL) und Dr. David Garcia Nuñez (AL) vom 10.09.2025: Schreiner Ausbildungszentrum Zürich (SAZ), längerfristige Sicherstellung des Betriebs und der Lehrstellen	VS
19.	2024/426	! A	Postulat der AL- und SP-Fraktion vom 11.09.2024: Massnahmen gegen die Entwicklung zu immer breiteren Personenwagen	VSI
20.	2024/427	! E/T	Postulat von Thomas Hofstetter (FDP), Benedikt Gerth (Die Mitte) und Heidi Egger (SP) vom 11.09.2024: Verbesserung der Sicherheit an der Kreuzung Wehntalerstrasse/Glaubtenstrasse für die Querung der Schulkinder und weitere zu Fuss Gehende	VSI
21.	2024/431	! E/A	Postulat von Johann Widmer (SVP) und Samuel Balsiger (SVP) vom 11.09.2024: Sicherstellung der Nachtruhe in den nachts geöffneten Zürcher Pärken	VSI
22.	2024/459	! E/A	Postulat der SP-, Grüne-, GLP- und AL-Fraktion vom 25.09.2024: Parkkartenverordnung (PKV), Berichterstattung über die Umsetzung der Regelung zur Anwohnendenparkierungsbewilligung	VSI
23.	2024/528	E/A	Postulat von Benedikt Gerth (Die Mitte), Sandra Gallizzi (EVP) und Karin Weyermann (Die Mitte) vom 20.11.2024: Bessere verkehrsmässige Erschliessung der Quartiere für Dienstleister	VSI
24.	2024/536	A/P	Motion der GLP-Fraktion vom 27.11.2024: Bootsplätze in der Stadt, Erreichung der Netto-Null-Ziele, Stärkung der Shared Economy und Förderung der ökologischen Antriebe	VSI
			* Keine materielle Behandlung ! Behandlung in reduzierter Debatte	

Mitteilungen

Die Mitteilungen des Ratspräsidenten werden zur Kenntnis genommen.

5298. 2025/489

Interpellation der AL-, SP- und Grüne-Fraktion vom 22.10.2025:
Aufzonungen im Rahmen der geplanten Teilrevision der Bau- und Zonenordnung (BZO), Festhalten an der hälftigen Einforderung der Mehrausnützung für preisgünstigen Wohnraum, Auslegung des rechtlichen Spielraums, Zeitplan für die Revision und Berücksichtigung Volksinitiative zur vollen Mehrausnützung nach § 49b PBG sowie allfällige Aufsplittung der Vorlage

Tanja Maag (AL) beantragt Dringlicherklärung und begründet diese.

Der Rat wird über den Antrag am 5. November 2025 Beschluss fassen.

Mitteilung an den Stadtrat

5299. 2025/481

Postulat der SP-, Grüne- und AL-Fraktion vom 22.10.2025: Aufnahme und Behandlung von schwerverletzten oder kranken Kindern aus dem Gazastreifen im Rahmen der vom Bundesrat lancierten humanitären Rettungsaktion

Severin Meier (SP) beantragt Dringlicherklärung und begründet diese.

Der Rat wird über den Antrag am 5. November 2025 Beschluss fassen.

Mitteilung an den Stadtrat

Geschäfte

5300. 2025/430

Weisung vom 24.09.2025:

Städtische Gesundheitsdienste, Studie zum regulierten Verkauf von Cannabis «Züri Can – Cannabis mit Verantwortung», Zusatzkredit

Zuweisung an die SK GUD gemäss Beschluss der Geschäftsleitung vom 27. Oktober 2025

5301. 2025/470

Weisung vom 22.10.2025:

Liegenschaften Stadt Zürich, Soziale Dienste, Sportamt, Areal Zentralwäscherei, Verlängerung Zwischennutzung, Zusatzkredit

Zuweisung an die SK FD gemäss Beschluss der Geschäftsleitung vom 27. Oktober 2025

5302. 2025/460

Postulat der AL-, Die Mitte/EVP-, SP- und Grüne-Fraktion vom 01.10.2025: Erhöhung der Ressourcen für die Offene Jugendarbeit für die Altersgruppe der 18- bis 25-Jährigen

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Sozialdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Ronny Siev (GLP) stellt namens der GLP-Fraktion den Ablehnungsantrag.

Damit ist das Geschäft vertagt.

Mitteilung an den Stadtrat

5303. 2025/462

Postulat von Anna-Béatrice Schmaltz (Grüne), Selina Walgis (Grüne) und Sophie Blaser (AL) vom 01.10.2025:

Personen, die Sozialhilfe, Asylfürsorge oder Nothilfe beziehen, Ausrichtung einer monatlichen Pauschale für die Beschaffung notwendiger Menstruationshygieneartikel

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Sozialdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Roger Bartholdi (SVP) stellt namens der SVP-Fraktion den Ablehnungsantrag.

Damit ist das Geschäft vertagt.

Mitteilung an den Stadtrat

5304. 2025/463

Postulat von Selina Walgis (Grüne), Julia Hofstetter (Grüne) und Anna-Béatrice Schmaltz (Grüne) vom 01.10.2025:

Freibad Auhof in Schwamendingen, Nutzung als Stadtpark während des Winterhalbjahres

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Schul- und Sportdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Roger Bartholdi (SVP) stellt namens der SVP-Fraktion einen Textänderungsantrag.

Damit ist das Geschäft vertagt.

Mitteilung an den Stadtrat

5305. 2025/464

Postulat von Selina Walgis (Grüne) und Julia Hofstetter (Grüne) vom 01.10.2025: Zürcher Sport-Ferienlager in Fiesch, Menüangebot gemäss den Klimazielen der Stadt und den Ernährungsrichtlinien der städtischen Schulen

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Schul- und Sportdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Flurin Capaul (FDP) stellt namens der FDP-Fraktion den Ablehnungsantrag.

Damit ist das Geschäft vertagt.

Mitteilung an den Stadtrat

5306. 2025/465

Postulat von Julia Hofstetter (Grüne) und Selina Walgis (Grüne) vom 01.10.2025: Gesundes und klimafreundliches Menüangebot in den Gruppenhäusern der Stadt

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Schul- und Sportdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Flurin Capaul (FDP) stellt namens der FDP-Fraktion den Ablehnungsantrag.

Damit ist das Geschäft vertagt.

Mitteilung an den Stadtrat

5307. 2025/466

Postulat von Ronny Siev (GLP) und Karin Weyermann (Die Mitte) vom 01.10.2025: Städtische Sportanlagen, Zulassung von Lautsprecherdurchsagen, die hauptsächlich kommerziellen Reklamezwecken dienen

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Vorsteherin des Sicherheitsdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Leah Heuri (SP) stellt namens der SP-Fraktion den Ablehnungsantrag.

Damit ist das Geschäft vertagt.

Mitteilung an den Stadtrat

5308. 2023/41

Weisung vom 01.10.2025:

Motion von Jürg Rauser, Matthias Probst und 16 Mitunterzeichnenden betreffend Vorlage planungsrechtlicher Massnahmen zur Bezeichnung geeigneter Standorte für Wärmespeicher oder andere Energieanlagen zur fossilfreien Spitzenlastdeckung der Wärmenetze, vorgängige Potenzialabklärung über die Dimension und Vorantreiben bereits bestehender Projekte, Antrag auf Fristerstreckung

Der Stadtrat beantragt sofortige materielle Behandlung und eine Fristerstreckung zur Vorlage einer Weisung zur Motion GR Nr. 2023/41.

Der Rat stimmt der sofortigen materiellen Behandlung stillschweigend zu.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Departements der Industriellen Betriebe Stellung.

Der Rat stimmt dem Antrag des Stadtrats mit 105 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

Die Frist zur Erfüllung der am 17. Januar 2024 überwiesenen Motion, GR Nr. 2023/41, von Jürg Rauser und Matthias Probst (beide Grüne) und 16 Mitunterzeichnenden betreffend Vorlage planungsrechtlicher Massnahmen zur Bezeichnung geeigneter Standorte für Wärmespeicher oder andere Energieanlagen zur fossilen Spitzenlastdeckung der Wärmenetze, vorgängige Potenzialabklärung über die Dimension und Vorantreiben bereits bestehender Projekte wird um zwölf Monate bis zum 17. Januar 2027 verlängert.

Mitteilung an den Stadtrat

5309. 2025/196

Weisung vom 21.05.2025:

Finanzdepartement, Stiftung Einfach Wohnen, Kenntnisnahme Geschäftsbericht 2024

Antrag des Stadtrats

Unter Ausschluss des Referendums:

Der Geschäftsbericht 2024 der Stiftung Einfach Wohnen (Beilage) wird zur Kenntnis genommen.

Referat zur Vorstellung der Weisung: Roland Hurschler (Grüne), Präsidium

Änderungsantrag

Die Mehrheit der GPK beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der GPK beantragt folgende Änderung zum Antrag des Stadtrats:

Der Geschäftsbericht 2024 der Stiftung Einfach Wohnen (Beilage) wird <u>ablehnend</u> zur Kenntnis genommen.

Mehrheit: Referat: Roland Hurschler (Grüne), Präsidium; Rahel Habegger (SP), Vizepräsidium;

Sanija Ameti (Parteilos), Martin Busekros (Grüne), Sofia Karakostas (SP), Maleica

Landolt (GLP), Michael Schmid (FDP), Karin Weyermann (Die Mitte)

Minderheit: Referat: Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP)
Abwesend: Dominique Späth (SP), Jehuda Spielman (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 99 gegen 14 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung

Die Mehrheit der GPK beantragt Zustimmung zum Antrag des Stadtrats.

Die Minderheit der GPK beantragt Ablehnung des Antrags des Stadtrats.

Mehrheit: Referat: Roland Hurschler (Grüne), Präsidium; Rahel Habegger (SP), Vizepräsidium;

Sanija Ameti (Parteilos), Martin Busekros (Grüne), Sofia Karakostas (SP), Maleica

Landolt (GLP), Michael Schmid (FDP), Karin Weyermann (Die Mitte)

Minderheit: Referat: Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP)

Abwesend: Dominique Späth (SP), Jehuda Spielman (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 96 gegen 14 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

Unter Ausschluss des Referendums:

Der Geschäftsbericht 2024 der Stiftung Einfach Wohnen (Beilage) wird zur Kenntnis genommen.

Mitteilung an den Stadtrat sowie amtliche Publikation am 5. November 2025 gemäss Art. 37 der Gemeindeordnung

5310. 2025/197

Weisung vom 21.05.2025:

Finanzdepartement, Stiftung Wohnungen für kinderreiche Familien, Kenntnisnahme Geschäftsbericht 2024

Antrag des Stadtrats

Unter Ausschluss des Referendums:

Der Geschäftsbericht 2024 der Stiftung Wohnungen für kinderreiche Familien (Beilage) wird zur Kenntnis genommen.

Referat zur Vorstellung der Weisung: Karin Weyermann (Die Mitte)

Änderungsantrag

Die Mehrheit der GPK beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der GPK beantragt folgende Änderung zum Antrag des Stadtrats:

Der Geschäftsbericht 2024 der Stiftung Wohnungen für kinderreiche Familien (Beilage) wird ablehnend zur Kenntnis genommen.

Mehrheit: Referat: Karin Weyermann (Die Mitte); Roland Hurschler (Grüne), Präsidium; Rahel

Habegger (SP), Vizepräsidium; Sanija Ameti (Parteilos), Martin Busekros (Grüne),

Sofia Karakostas (SP), Maleica Landolt (GLP), Michael Schmid (FDP)

Minderheit: Referat: Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP)

Abwesend: Dominique Späth (SP), Jehuda Spielman (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 97 gegen 12 Stimmen (bei 1 Enthaltung) zu.

Schlussabstimmung

Die Mehrheit der GPK beantragt Zustimmung zum Antrag des Stadtrats.

Die Minderheit der GPK beantragt Ablehnung des Antrags des Stadtrats.

Mehrheit: Referat: Karin Weyermann (Die Mitte); Roland Hurschler (Grüne), Präsidium; Rahel

Habegger (SP), Vizepräsidium; Sanija Ameti (Parteilos), Martin Busekros (Grüne),

Sofia Karakostas (SP), Maleica Landolt (GLP), Michael Schmid (FDP)

Minderheit: Referat: Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP)

Abwesend: Dominique Späth (SP), Jehuda Spielman (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 100 gegen 12 Stimmen (bei 1 Enthaltung) zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

Unter Ausschluss des Referendums:

Der Geschäftsbericht 2024 der Stiftung Wohnungen für kinderreiche Familien (Beilage) wird zur Kenntnis genommen.

Mitteilung an den Stadtrat sowie amtliche Publikation am 5. November 2025 gemäss Art. 37 der Gemeindeordnung

5311. 2025/252

Weisung vom 25.06.2025:

Immobilien Stadt Zürich, Schulanlage Hans Asper, Umbau und Hitzeminderungsmassnahmen, Zusatzkredit

Antrag des Stadtrats

Für den Umbau und Hitzeminderungsmassnahmen in der Schulanlage Hans Asper wird zu den neuen einmaligen Ausgaben von Fr. 1 940 000.– gemäss STRB Nr. 3127/2024 ein Zusatzkredit von Fr. 580 000.– bewilligt. Die neuen einmaligen Ausgaben betragen somit insgesamt Fr. 2 520 000.– (Preisstand 1. April 2024, Zürcher Index der Wohnbaupreise).

Referat zur Vorstellung der Weisung: Urs Riklin (Grüne), Vizepräsidium

Schlussabstimmung

Die SK PRD/SSD beantragt Zustimmung zum Antrag des Stadtrats.

Zustimmung: Referat: Urs Riklin (Grüne), Vizepräsidium; Sophie Blaser (AL), Yasmine Bourgeois

(FDP), Dr. Balz Bürgisser (Grüne), Sabine Koch (FDP), Maleica Landolt (GLP) i. V. von Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP), Patrick Stählin (GLP) i. V. von Christine Huber (GLP)

Enthaltung: Maya Kägi Götz (SP), Präsidium; Dr. Tamara Bosshardt (SP), Liv Mahrer (SP), Stefan

Urech (SVP)

Abwesend: Isabel Garcia (FDP)

Vakant: 1 Sitz (SP)

Der Rat stimmt dem Antrag der SK PRD/SSD mit 100 gegen 12 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

Für den Umbau und Hitzeminderungsmassnahmen in der Schulanlage Hans Asper wird zu den neuen einmaligen Ausgaben von Fr. 1 940 000.– gemäss STRB Nr. 3127/2024 ein Zusatzkredit von Fr. 580 000.– bewilligt. Die neuen einmaligen Ausgaben betragen somit insgesamt Fr. 2 520 000.– (Preisstand 1. April 2024, Zürcher Index der Wohnbaupreise).

Mitteilung an den Stadtrat sowie amtliche Publikation am 5. November 2025 gemäss Art. 36 und 38 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist: 5. Januar 2026)

5312. 2025/253

Weisung vom 25.06.2025:

Immobilien Stadt Zürich, Schulanlage Bullinger, Erweiterung, Projektierung, neue einmalige Ausgaben

Antrag des Stadtrats

Für die Projektierung der Erweiterung der Schulanlage Bullinger werden neue einmalige Ausgaben von Fr. 4 200 000.– bewilligt.

Referat zur Vorstellung der Weisung: Urs Riklin (Grüne), Vizepräsidium

Schlussabstimmung

Die SK PRD/SSD beantragt Zustimmung zum Antrag des Stadtrats.

Zustimmung: Referat: Urs Riklin (Grüne), Vizepräsidium; Maya Kägi Götz (SP), Präsidium; Sophie

Blaser (AL), Dr. Tamara Bosshardt (SP), Yasmine Bourgeois (FDP), Dr. Balz Bürgisser (Grüne), Isabel Garcia (FDP), Christina Horisberger (SP), Christine Huber (GLP), Sabine

Koch (FDP), Liv Mahrer (SP), Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP)

Enthaltung: Stefan Urech (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der SK PRD/SSD mit 114 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

Für die Projektierung der Erweiterung der Schulanlage Bullinger werden neue einmalige Ausgaben von Fr. 4 200 000.– bewilligt.

Mitteilung an den Stadtrat sowie amtliche Publikation am 5. November 2025 gemäss Art. 36 und 38 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist: 5. Januar 2026)

5313. 2025/215

Weisung vom 04.06.2025:

Sicherheitsdepartement, Genehmigung der Berichterstattung zum Leistungsauftrag, zum Geschäftsbericht und zur Jahresrechnung des Forensischen Instituts Zürich (FOR) für das Jahr 2024

Antrag des Stadtrats

Unter Ausschluss des Referendums:

Die Berichterstattung zum Leistungsauftrag, der Geschäftsbericht und die Jahresrechnung des Forensischen Instituts Zürich (FOR) für das Jahr 2024 werden genehmigt (Beilagen).

Referat zur Vorstellung der Weisung: Michael Schmid (FDP)

Schlussabstimmung

Die GPK beantragt Zustimmung zum Antrag des Stadtrats.

Zustimmung: Referat: Michael Schmid (FDP); Roland Hurschler (Grüne), Präsidium; Rahel Habegger

(SP), Vizepräsidium; Sanija Ameti (Parteilos), Martin Busekros (Grüne), Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP), Sofia Karakostas (SP), Maleica Landolt (GLP), Karin Weyermann (Die

Mitte)

Abwesend: Dominique Späth (SP), Jehuda Spielman (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der GPK mit 109 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

Unter Ausschluss des Referendums:

Die Berichterstattung zum Leistungsauftrag, der Geschäftsbericht und die Jahresrechnung des Forensischen Instituts Zürich (FOR) für das Jahr 2024 werden genehmigt (Beilagen).

Mitteilung an den Stadtrat sowie amtliche Publikation am 5. November 2025 gemäss Art. 37 der Gemeindeordnung

5314. 2025/436

Dringliches Postulat von Guy Krayenbühl (GLP), Marco Denoth (SP), Roger Meier (FDP) und 2 Mitunterzeichnenden vom 24.09.2025:

Ferien- und Sportzentrum Hoch-Ybrig AG, Verzicht auf einen Verkauf der Beteiligung

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Finanzdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme des Dringlichen Postulats zur Prüfung ab.

Guy Krayenbühl (GLP) begründet das Dringliche Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 5170/2025).

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

Guy Krayenbühl (GLP) zieht das Postulat zurück.

Mitteilung an den Stadtrat

5315. 2025/403

Dringliches Postulat von Reto Brüesch (SVP) und Johann Widmer (SVP) vom 10.09.2025:

Strategische Reorganisation und nachhaltige Finanzierungsstrategie für das Schreiner Ausbildungszentrum Zürich (SAZ)

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Sozialdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme des Dringlichen Postulats zur Prüfung ab.

Reto Brüesch (SVP) begründet das Dringliche Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 5070/2025).

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Sozialdepartements Stellung.

Das Dringliche Postulat wird mit 96 gegen 21 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

5316. 2025/404

Dringliches Postulat von Moritz Bögli (AL), Christian Häberli (AL) und Dr. David Garcia Nuñez (AL) vom 10.09.2025:

Schreiner Ausbildungszentrum Zürich (SAZ), längerfristige Sicherstellung des Betriebs und der Lehrstellen

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Sozialdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme des Dringlichen Postulats zur Prüfung ab.

Moritz Bögli (AL) begründet das Dringliche Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 5071/2025).

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Sozialdepartements Stellung.

Das Dringliche Postulat wird mit 95 gegen 22 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

5317. 2024/426

Postulat der AL- und SP-Fraktion vom 11.09.2024:
Massnahmen gegen die Entwicklung zu immer breiteren Personenwagen

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt die Vorsteherin des Sicherheitsdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme des Postulats zur Prüfung ab.

Michael Schmid (AL) stellt den Ordnungsantrag auf freie Debatte gemäss Art. 190 Abs. 2 GeschO GR.

Dem Ordnungsantrag wird mit 93 gegen 24 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zugestimmt.

Michael Schmid (AL) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 3666/2024).

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Sicherheitsdepartements Stellung.

Das Postulat wird mit 60 gegen 59 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

5318. 2024/427

Postulat von Thomas Hofstetter (FDP), Benedikt Gerth (Die Mitte) und Heidi Egger (SP) vom 11.09.2024:

Verbesserung der Sicherheit an der Kreuzung Wehntalerstrasse/Glaubtenstrasse für die Querung der Schulkinder und weitere zu Fuss Gehende

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Vorsteherin des Sicherheitsdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Thomas Hofstetter (FDP) zieht das Postulat zurück.

Mitteilung an den Stadtrat

5319. 2024/431

Postulat von Johann Widmer (SVP) und Samuel Balsiger (SVP) vom 11.09.2024: Sicherstellung der Nachtruhe in den nachts geöffneten Zürcher Pärken

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Vorsteherin des Sicherheitsdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Johann Widmer (SVP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 3671/2024).

Tanja Maag (AL) begründet den namens der AL-Fraktion am 25. September 2024 gestellten Ablehnungsantrag.

Das Postulat wird mit 34 gegen 84 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat

5320. 2024/459

Postulat der SP-, Grüne-, GLP- und AL-Fraktion vom 25.09.2024: Parkkartenverordnung (PKV), Berichterstattung über die Umsetzung der Regelung zur Anwohnendenparkierungsbewilligung

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Vorsteherin des Sicherheitsdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Markus Knauss (Grüne) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 3752/2024).

Stephan Iten (SVP) begründet den von Roger Bartholdi (SVP) namens der SVP-Fraktion am 23. Oktober 2024 gestellten Ablehnungsantrag.

Das Postulat wird mit 84 gegen 34 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

5321. 2024/528

Postulat von Benedikt Gerth (Die Mitte), Sandra Gallizzi (EVP) und Karin Weyermann (Die Mitte) vom 20.11.2024:

Bessere verkehrsmässige Erschliessung der Quartiere für Dienstleister

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Vorsteherin des Sicherheitsdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Benedikt Gerth (Die Mitte) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 3967/2024).

Sven Sobernheim (GLP) begründet den von Carla Reinhard (GLP) namens der GLP-Fraktion am 4. Dezember 2024 gestellten Ablehnungsantrag.

Stephan Iten (SVP) stellt folgenden Textänderungsantrag:

Der Stadtrat wird beauftragt zu prüfen, wie die Quartiere für Dienstleister aus der Stadt besser erschlossen werden können. Dies unter anderem durch vermehrte örtliche und zeitliche Aufhebung von Fahrverboten <u>oder durch Ausnahmeregelungen (z.B. für Fahrzeuge mit Energieetikette A/B)</u>.

Martina Zürcher (FDP) stellt folgenden Textänderungsantrag:

Der Stadtrat wird beauftragt zu prüfen, wie die Quartiere für <u>Dienstleister aus der StadtZubringerdienst</u> besser erschlossen werden können. Dies unter anderem durch vermehrte örtliche und zeitliche Aufhebung von Fahrverboten oder durch Ausnahmeregelungen (z.B. für Fahrzeuge mit Energieetikette A/B).

Karin Weyermann (Die Mitte) ist mit beiden Textänderungen einverstanden.

Angenommene Textänderungen:

Der Stadtrat wird beauftragt zu prüfen, wie die Quartiere für <u>Dienstleister aus der StadtZubringerdienst</u> besser erschlossen werden können. Dies unter anderem durch vermehrte örtliche und zeitliche Aufhebung von Fahrverboten-oder durch Ausnahmeregelungen (z.B. für Fahrzeuge mit Energieetikette A/B).

Das geänderte Postulat wird mit 44 gegen 71 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat

5322. 2024/536

Motion der GLP-Fraktion vom 27.11.2024:

Bootsplätze in der Stadt, Erreichung der Netto-Null-Ziele, Stärkung der Shared Economy und Förderung der ökologischen Antriebe

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt die Vorsteherin des Sicherheitsdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme der Motion ab, ist jedoch bereit, sie als Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Nicolas Cavalli (GLP) begründet die Motion (vergleiche Beschluss-Nr. 3999/2024).

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Sicherheitsdepartements Stellung.

Yves Henz (Grüne) stellt folgenden Textänderungsantrag:

Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine Strategie vorzulegen, wie bei den Bootsplätzen in der Stadt Zürich die Netto-Null-Ziele erreicht, die <u>nicht-gewinnorientierte</u> Shared Economy gestärkt und ökologische Antriebe gefördert werden können.

Nicolas Cavalli (GLP) ist mit der Textänderung sowie mit der Umwandlung in ein Postulat einverstanden.

Dr. Emanuel Tschannen (FDP) stellt den Ablehnungsantrag zum Postulat.

Das geänderte Postulat GR Nr. 2025/498 (statt Motion GR Nr. 2024/536, Umwandlung) wird mit 82 gegen 34 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Eingänge

An den nachfolgenden Texten werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

5323. 2025/499

Motion von Pascal Lamprecht (SP) und Dominique Späth (SP) vom 29.10.2025: Realisierung eines durchgängigen Rad- und Fusswegs vom Hauptbahnhof bis zum Farbhof entlang der Bahngleise

Von Pascal Lamprecht (SP) und Dominique Späth (SP) ist am 29. Oktober 2025 folgende Motion eingereicht worden:

Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine kreditschaffende Weisung vorzulegen, um südlich und direkt entlang der Bahngleise vom Hauptbahnhof Zürich bis zum Farbhof (via Polizei- und Justizzentrum und Bahnhof Altstetten) einen durchgängigen Rad- und Fussweg zu realisieren. Die Route ist gemäss Eintragskarte Kommunaler Richtplan Verkehr zu projektieren.

Begründung:

Die Förderung des Fuss- und Veloverkehrs ist ein zentraler Bestandteil einer sozial gerechten, klimafreundlichen und lebenswerten Stadt. Mit einem durchgängigen Rad- und Fussweg direkt entlang der Bahngleise auf der südlichen Seite zwischen dem Hauptbahnhof und dem Farbhof kann die Stadt Zürich einen entscheidenden Schritt in diese Richtung machen. Diese direkte Verbindung führt zudem zu einer Entflechtung der Verkehrsteilnehmenden, was einen zusätzlichen Beitrag zur Sicherheit leistet.

Diese Verbindung ist im kommunalen Richtplan Verkehr als Karteneintrag bereits behördenverbindlich als Korridor vorgesehen – ihre Realisierung ist daher überfällig. Heute fehlen auf dieser wichtigen Ost-West-Achse sichere, direkte und zusammenhängende Wege für den Fuss- und Veloverkehr. Gerade Pendler:innen, Familien, Jugendliche und ältere Menschen würden von einer durchgehenden, kreuzungsarmen und vom motorisierten Verkehr getrennten Route stark profitieren.

Wenn der Strassenraum (zumindest punktuell) zu eng ist, soll geprüft werden, ob Fuss- und Velowege in gestapelter Form – etwa als doppelstöckige oder überlagerte Infrastrukturen – realisiert werden können, um die Sicherheit und Durchgängigkeit aller Verkehrsteilnehmenden zu gewährleisten.

Ein solcher Weg reduziert Lärm- und Schadstoffbelastungen und trägt aktiv zur Erreichung der städtischen Klimaziele bei. Zudem stärkt die neue Verbindung die Vernetzung der Quartiere Altstetten, Grünau, Hard, Aussersihl und das Stadtzentrum. Sie schafft neue attraktive Wege durch die Stadt und erhöht die Aufenthaltsqualität im öffentlichen Raum.

Die Stadt Zürich hat sich zu einer konsequenten Förderung des Fuss- und Veloverkehrs verpflichtet. Die Realisierung dieser Route ist ein konkreter und sichtbarer Beitrag zu diesem Ziel – für eine klimafreundliche, sichere und sozial gerechte Stadtmobilität.

Mitteilung an den Stadtrat

5324. 2025/500

Postulat der Grüne-Fraktion vom 29.10.2025: Unterstützung der nationalen Strategie zum Myalgische Enzephalomyelitis/ Chronische-Fatigue-Syndrom

Von der Grüne-Fraktion ist am 29. Oktober 2025 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie die nationale Strategie zu Myalgische Enzephalomyelitis / Chronische Fatigue Syndrom und Long Covid unterstützt werden kann.

Begründung:

In der Schweiz sind ca. 60'000 Personen an ME/CFS erkrankt, hinzukommen mehr als 300'000 Long Covid Betroffene, von denen ein signifikanter Teil unter die Diagnose ME/CFS fällt. Der Leidensdruck bei den Betroffenen ist riesig. Vor kurzer Zeit hat der Ständerat als zweite Kammer eine Motion von Vertreter:innen aller Parteien überwiesen. Die Motion fordert, dass der Bundesrat eine nationale Strategie für ME/CFS und Long Covid zu erarbeiten. Es sollen alle betroffenen Organisationen einbezogen werden. Die Stadt Zürich mit ihren Stadtspitälern und ihrer Long Covid Sprechstunde, kann sicher viel zu einer solchen nationalen Strategie beitragen.

Motion: https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20244452
Der Bundesrat wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit den betroffenen Organisationen, Fachpersonen, Kantonen, Sozialversicherungen (BSV), Spitälern sowie weiteren relevanten Akteuren eine nationale Strategie für Myalgische Enzephalomyelitis/Chronic Fatigue Syndrome (ME/CFS) und Long Covid zu erarbeiten. Ziel ist es, dass Patienten mit ME/CFS, Long Covid sowie PVS in der ganzen Schweiz medizinisch gleich gut versorgt werden. Dies beinhaltet eine rechtzeitige Diagnostik, eine zweckmässige Behandlung nach neuesten wissenschaftlichen Erkenntnissen, den rechtsgleichen Zugang zu wirksamen, evidenzbasierenden Therapien und Arzneimitteln sowie adäquate Unterstützung durch die Sozialversicherungen. Dazu braucht es eine Koordination der Fachkräfte, den Einbezug von Informations- und Kommunikationstechnologien für den Wissenstransfer sowie die Zusammenarbeit bundesweit wie auf internationaler Ebene.

Mitteilung an den Stadtrat

5325. 2025/501

Postulat von Marco Denoth (SP), Anna-Béatrice Schmaltz (Grüne), Nicolas Cavalli (GLP) und 58 Mitunterzeichnenden vom 29.10.2025: Verbesserung und Sicherstellung der Gesundheitsversorgung für trans Personen

verbesserung und Sicherstending der Geschahertsversorgung für trans Fersonen

Von Marco Denoth (SP), Anna-Béatrice Schmaltz (Grüne), Nicolas Cavalli (GLP) und 58 Mitunterzeichnenden ist am 29. Oktober 2025 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird beauftragt, zu prüfen und zu berichten, ob und wie in der Stadt Zürich die Gesundheitsversorgung für trans Personen verbessert und sichergestellt werden kann. In einem ersten Schritt soll auch unter Einbezug von Betroffenen dargelegt werden, welche bestehenden medizinischen und psychologischen Angebote in Zürich bereits vorhanden sind und wie diese besser vernetzt und unterstützt werden können. Ziel ist, die Versorgungssicherheit und die Qualität medizinischer und psychologischer Behandlungen für trans Personen zu verbessern und die enge Zusammenarbeit mit bestehenden Beratungsstellen sowie die Aus- und Weiterbildung von Fachpersonen wie beispielsweise Fachärzt:innen und Psycholog:innen zu fördern.

Begründung:

Die Gesundheitsversorgung von trans Menschen ist derzeit stark politisiert. Regierungsrätin Natalie Rickli hat jüngst ein nationales Verbot geschlechtsangleichender Operationen bei Jugendlichen gefordert und die nationale Politik ist ebenfalls aktiv geworden. Ein solches pauschales Verbot würde nicht nur das Recht auf körperliche Selbstbestimmung von urteilsfähigen Jugendlichen verletzen, sondern widerspricht den Empfehlungen der Nationalen Ethikkommission und internationalen Behandlungsstandards

Laut einer aktuellen Studie der Berner Fachhochschule, unterstützt durch das EBG, geben knapp 29% aller trans Personen in der Schweiz an, medizinische Behandlungen aus finanziellen oder administrativen Gründen aufgeschoben oder ganz darauf verzichtet zu haben (trans at work, 2025). Häufig stellen fehlende Expertise der Fachpersonen und Diskriminierungserfahrungen im Gesundheitssystem hier eine grosse Hürde dar. Den Zugang zu fachgerechter, diskriminierungsfreier Versorgung zu verbessern, würde die Lebensqualität von trans Personen enorm anheben.

Die Stadt Zürich ist eine offene, inklusive und solidarische Stadt, die allen Menschen Zugang zu medizinischer Versorgung und gesellschaftlicher Teilhabe ermöglichen will, unabhängig von ihrer Herkunft, sexueller Orientierung und ihrem Geschlecht. Damit die Stadt Zürich dieses Selbstverständnis konkret unterstützt, könnte sie beispielsweise:

- den Zugang ohne grosse Wartezeiten zu qualitativ hochstehenden, interdisziplinären Angeboten für trans Personen verbessern,
- die Koordination zwischen Chirurgie, Endokrinologie, Psychiatrie und Beratung, sowie
- die Familienberatung für Ftrans Personen und ihre Angehörigen ausbauen,
- die öffentliche Debatte durch transparente Informationsmaterialien und -veranstaltungen versachlichen.

Gerade angesichts der aktuellen politischen Äusserungen aus dem Regierungsrat und der im Interview geäusserten Bedenken soll deshalb geprüft werden,wie auf städtischer Ebene die Versorgungslücken geschlossen und zugleich die Rechte und die Gesundheit von trans Personen in Zürich gestärkt werden können.

Mitteilung an den Stadtrat

5326. 2025/502

Postulat von Hannah Locher (SP), Moritz Bögli (AL), Anna-Béatrice Schmaltz (Grüne) und 2 Mitunterzeichnenden vom 29.10.2025: Bericht über den Schutz der Menschen in der Stadt vor transnationaler Repression

Von Hannah Locher (SP), Moritz Bögli (AL), Anna-Béatrice Schmaltz (Grüne) und 2 Mitunterzeichnenden ist am 29. Oktober 2025 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert einen departementsübergreifenden Bericht mit Aktionsplan vorzulegen, der darlegt, wie die Stadt Menschen in Zürich wirksam vor transnationaler Repression schützt, unterstützt und in der Wahrnehmung ihrer Grundrechte stärkt. Dabei soll die Stadt die Zusammenarbeit mit betroffenen Diaspora-Gemeinschaften suchen und deren Erfahrungen und Anliegen aktiv in die Erarbeitung des Berichts einbeziehen.

Begründung:

Autoritäre Staaten greifen durch transnationale Repression (TNR) immer häufiger auch über ihre Landesgrenzen hinaus in das Leben von Menschen ein, die sie als kritisch oder oppositionell wahrnehmen. Ziel solcher Aktivitäten ist es, Kontrolle zu behalten, Einschüchterung zu erzeugen und abweichende Meinungen zu unterdrücken. Diese Handlungen verletzen zentrale Grundrechte wie die Meinungsfreiheit, die Versammlungsfreiheit oder den Schutz der Privatsphäre in der Schweiz.

Nach zivilgesellschaftlichen Berichten hat jüngst auch der Bundesrat basierend auf einer Studie der Universität Basel festgehalten, dass TNR in der Schweiz vorkommt und eine reale Bedrohung für die Grundrechte darstellt. Der Bundesratsbericht zeigt, dass Behörden auf allen Ebenen sensibilisiert werden müssen, damit sie TNR erkennen, Betroffene schützen und dagegen vorgehen können. Der Bericht hält fest, dass auch die Gemeinden in der Lage sein sollen, Fälle zu erkennen und angemessen zu reagieren. Auch das Europainstitut der Universität Basel betont die Rolle der Städte und Gemeinden, denn viele betroffene Personen leben in urbanen Gebieten. In Städten finden Demonstrationen, Kulturveranstaltungen und politische Diskussionen statt, und Gemeinden sind oft über Verwaltung, Schulen, Sozialdienste, Integrations- oder

Ombudstellen die ersten Kontaktstellen. Der Forschungsbericht hebt hervor, dass lokale Behörden Vertrauen aufbauen, Dialoge führen und Schutzstrukturen schaffen können, die für Betroffene entscheidend sind.

Die Stadt Zürich ist ein zentraler Ort der politischen Meinungsäusserung, der internationalen Begegnung und einer aktiven Zivilgesellschaft. Der verlangte Bericht soll aufzeigen, wie die Stadt in ihrem Zuständigkeitsbereich handeln kann, um Menschen vor TNR zu schützen und die Wahrnehmung der Grundrechte zu stärken. Dabei sollen insbesondere Möglichkeiten zur systematischen Dokumentation von Fällen zur Sensibilisierung und Schulung von relevanten städtischen Fach- und Anlaufstellen, zur Einrichtung einer sicheren Meldestelle sowie zu schnellen Schutzmechanismen bei akuten Bedrohungen geprüft werden. Ebenso wichtig sind Massnahmen zur Unterstützung und Beratung Betroffener, der Vertrauensaufbau durch Dialoge mit Diaspora-Gemeinschaften, die Stärkung digitaler Sicherheitskompetenzen und die Förderung von Präventionsprojekten. Der Bericht soll zudem darlegen, wie Zürich sich mit anderen Städten aber auch dem Kanton koordinieren und bereits bestehende Erfahrungen und Strukturen nutzen kann.

Mitteilung an den Stadtrat

5327. 2025/503

Postulat von Anjushka Früh (SP), Anna-Béatrice Schmaltz (Grüne) und Moritz Bögli (AL) vom 29.10.2025:

Weiterentwicklung und Verstetigung des Angebots CMplus

Von Anjushka Früh (SP), Anna-Béatrice Schmaltz (Grüne) und Moritz Bögli (AL) ist am 29. Oktober 2025 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie das Angebot CMplus so weiterentwickelt und verstetigt werden kann, dass die dauerhafte Integration von gesundheitlich eingeschränkten Mitarbeitenden in der Stadtverwaltung sichergestellt wird.

Dabei sollen insbesondere folgende Punkte geprüft werden:

- Ausweitung der Integrationsstellen: Ob die derzeit geplante Anzahl von j\u00e4hrlich zw\u00f6lf Integrationsstellen dem tats\u00e4chlichen Bedarf entspricht und welche M\u00f6glichkeiten bestehen, das Angebot auszuweiten.
- Wie Integrationsstellen zusätzlich nicht nur kurzfristig, sondern auch mittel- bis längerfristig (über zwei bis drei Jahre) eingesetzt werden können, sowie wie flexible Arbeitsmodelle (Teilzeit, Homeoffice, angepasste Arbeitszeiten) verbindlich berücksichtigt werden können.
- Wie es den Ämtern und Behörden in allen Departementen und Dienstabteilungen verstärkt ermöglicht und gefördert werden kann, dauerhaft Menschen mit leichteren gesundheitlichen Einschränkungen aller Art anzustellen.

Begründung:

Mit der Weisung 2025/332 wird das erfolgreiche Pilotprojekt CMplus ab 2026 in den Regelbetrieb überführt. Damit anerkennt der Stadtrat ausdrücklich den Mehrwert dieses Instruments für Mitarbeitende, die ihre volle Arbeitsleistung aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr erbringen können. Gleichzeitig bleibt in der Umsetzung noch weiteres Potential in der dauerhaften Integration von gesundheitlich eingeschränkten Personen in der Stadtverwaltung, wie es bereits mit der Motion 2016/399 gefordert wurde.

Gesundheitlich eingeschränkte Mitarbeitende brauchen erlässliche Strukturen und langfristige Perspektiven und flexible Einsatzmöglichkeiten. Nur so kann verhindert werden, dass wertvolle Arbeitskräfte aus der Stadtverwaltung ausscheiden, obwohl sie mit angepassten Rahmenbedingungen weiterhin einen wichtigen Beitrag leisten könnten. Eine konsequentere Umsetzung von CMplus bietet nicht nur sozialpolitische Vorteile, sondern auch betriebswirtschaftliche: Der Erhalt von Fachwissen, geringere Kosten durch Fluktuation und Krankheitsausfälle sowie eine gestärkte Position der Stadt Zürich als vorbildliche Arbeitgeberin.

Der Stadtrat soll deshalb prüfen und aufzeigen, wie CMplus noch umfassender ausgestaltet werden kann, sodass die Stadtverwaltung dauerhaft ein Arbeitsumfeld bietet, das Gesundheitseinschränkungen berücksichtigt, und Teilhabe und Beschäftigung gesundheitlich eingeschränkter Personen sichert.

Mitteilung an den Stadtrat

5328. 2025/504

Postulat von Liv Mahrer (SP), Anjushka Früh (SP) und Sophie Blaser (AL) vom 29.10.2025:

Weiterführende Unterstützung der Interessengemeinschaft Zürcher Sport-Ferienlager (IGFZ), um Kindern und Jugendlichen aus ärmeren Familienverhältnissen eine Teilnahme zu ermöglichen

Von Liv Mahrer (SP), Anjushka Früh (SP) und Sophie Blaser (AL) ist am 29. Oktober 2025 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie er die Interessensgemeinschaft Zürcher Sport-Ferienlager (IGFZ) weiterführend unterstützen kann, dass vermehrt Kinder und Jugendliche, welche aus Familien kommen, die eine Beitragsermässigung im Sinne einer Einzelfallhilfe gemäss Sonderrechnungsreglement (SRR, AS 611.112) bekommen, am Zürcher Sportferienlager Fiesch teilnehmen können.

Begründung:

Kinder und Jugendliche aus ärmeren Familienverhältnissen haben oft einen eingeschränkten Zugang zu Angeboten wie dem Sport-Ferienlager Fiesch. Dies hat verschiedene Gründen. Aber aus Sicht der Integration wäre es für diese besonders wichtig, auch am Lagerleben teilnehmen zu können. Die Stadt Zürich soll eine Strategie erarbeiten und umsetzen, die es Kindern aus bescheidenen wirtschaftlichen Verhältnissen vermehrt ermöglicht, am Zürcher Sportferienlager Fiesch teilzunehmen. Die Stadt Zürich soll deshalb soweit es möglich ist aktiv auf diese Familien zuzugehen und über das Lager sowie die möglichen Reduktionsbeiträge zu informieren und sodann sicherzustellen, dass Familien mit bescheidenden wirtschaftlichen Verhältnissen im Anmeldeverfahren auch berücksichtigt werden. Auch ein verstärktes Involvieren der Sportvereine dafür soll hierfür in Betracht gezogen werden.

Mitteilung an den Stadtrat

5329. 2025/505

Postulat von Martin Busekros (Grüne), Yves Henz (Grüne) und Selina Walgis (Grüne) vom 29.10.2025:

Flussbad Unterer Letten, ganzjährige Zugänglichkeit für die Bevölkerung als Grün- und Erholungsraum

Von Martin Busekros (Grüne), Yves Henz (Grüne) und Selina Walgis (Grüne) ist am 29. Oktober 2025 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert, zu prüfen, wie das Flussbad Unterer Letten an der Limmat möglichst bald ganzjährig für die Bevölkerung als Grün- und Erholungsraum zugänglich gemacht werden kann.

Begründung:

Das Flussbad Unterer Letten ist ein wunderschöner und inspirierender Ort im Kreis 10, welcher von der Lokalbevölkerung geschätzt und intensiv genossen wird. Auch im Winter ist die Bevölkerung auf gut erreichbare sowie frei zugängliche Grün- und Erholungsräume angewiesen ein grosses Bedürfnis im Quartier. Sie tragen dazu bei, den Bewohner*innen Erholung, Bewegung und Begegnung im Alltag zu ermöglichen. Das Flussbad Unterer Letten ist ein ungenutzter Grüner Schatz, welcher im Winterhalbjahr bislang ungenutzt bleibt. Es ist eine verpasste Chance, wenn eine so schöne Grünfläche während dieser Monate geschlossen bleibt. Dadurch würde der Bevölkerung ein zusätzlicher Mehrwert geboten. In den Freibädern Letzigraben, Allenmoos, Mythenquai und Tiefenbrunnen wurde dies bereits erfolgreich umgesetzt. Angestossen wurde dies durch eine Petition der Grünen Kreis 3/9, welche die ganzjährige Zugänglichkeit der Letzibadi als 4-Jahreszeiten-Stadtpark forderte. Jetzt können wir diesen erfolgreichen Pfad für mehr zugängliche Grünflächen weiterführen und eine zugängliche Limmat für alle sicherstellen.

Mitteilung an den Stadtrat

5330. 2025/506

Postulat von Yves Henz (Grüne) und Martin Busekros (Grüne) vom 29.10.2025: Flussbad Oberer Letten, ganzjährige Zugänglichkeit für die Bevölkerung als Erholungsraum und Winterbadeort

Von Yves Henz (Grüne) und Martin Busekros (Grüne) ist am 29. Oktober 2025 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert, zu prüfen, wie das Flussbad Oberer Letten ganzjährig für die Bevölkerung als Erholungsraum und Winterbadeort zugänglich gemacht werden kann.

Begründung:

Das Flussbad Oberer Letten ist ein zentraler Ort im Kreis 6, der von unzähligen Menschen geschätzt und genutzt wird. Zunehmend treffen sich hier auch ausserhalb der klassischen Badesaison Personen zum Winterschwimmen.

Gerade im Winterhalbjahr bleibt das Flussbad jedoch eine weitgehend ungenutzte Perle der Naherholung. Es ist eine verpasste Chance, wenn ein so bedeutender und schöner Ort in diesen Monaten geschlossen bleibt.

Dass ein solcher Ansatz funktioniert, zeigen die Freibäder Letzigraben, Allenmoos, Mythenquai und Tiefenbrunnen, die bereits erfolgreich ganzjährig geöffnet wurden. Angestossen wurde dies durch eine Petition der Grünen Kreis 3/9, welche die ganzjährige Zugänglichkeit der Letzibadi als «Vierjahreszeiten-Stadtpark» forderte. Diesen erfolgreichen Weg können wir nun weitergehen – für mehr zugängliche Grünflächen und eine offene Limmat für alle.

Die Quartierbevölkerung ist auch im Winter auf gut erreichbare sowie frei zugängliche Grün- und Erholungsräume angewiesen. Sie tragen dazu bei, den Bewohner*innen Erholung, Bewegung und Begegnung im Alltag zu ermöglichen. Insbesondere für Winterbader:innen ist wäre das Flussbad Oberer Letten auch im Winter ein attraktiver Badeort. Auch trägt die ganzjährige Öffnung des Flussbades Oberer Letten dazu bei, die Limmat möglichst der Züricher Bevölkerung zugänglich zu machen.

Mitteilung an den Stadtrat

5331. 2025/507

Postulat von Urs Riklin (Grüne) und Selina Walgis (Grüne) vom 29.10.2025: Anpassung der Kriterien zur Berechtigung einer Ermässigung der Teilnahmegebühren für das Ferienlager Fiesch

Von Urs Riklin (Grüne) und Selina Walgis (Grüne) ist am 29. Oktober 2025 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie die Kriterien zur Berechtigung einer Ermässigung der Teilnahmegebühren für das Ferienlager Fiesch angepasst und der Prozess für die Beantragung sowie die Entrichtung der Ermässigung vereinfacht werden können. Hierfür sollen u.a. die Ansätze der Einkommensgrenzen für die jeweiligen Ermässigungssätze erhöht und statt differenzierte Vermögensobergrenzen eine einheitliche festgelegt werden.

Begründung:

Das Sport- und Ferienlager Fiesch ist ein beliebtes Angebot für Jugendliche der Stadt Zürich. Mit dem Antrag des Stadtrats in der Weisung 2025/251 sollen die Teilnahmegebühren für das Ferienlager erhöht werden. Für Familien in bescheidenen finanziellen Verhältnissen besteht bereits heute die Möglichkeit, je nach Vermögens- und Einkommenssituation, eine Ermässigung von bis zu 75 Prozent zu beantragen.

Angesichts der geplanten Erhöhung der Teilnahmegebühren erscheint auch eine Anpassung der Ansätze für eine Ermässigung angezeigt. Die Lebenshaltungskosten sind in der Stadt Zürich in den vergangenen Jahrzehnten stark angestiegen und stellen für viele Familien eine erhebliche Belastung dar. Zudem wirken die derzeit geltenden Ansätze veraltet und im Vergleich zu jenen anderer Ermässigungskarten eher restriktiv. Die Grüne Fraktion schlägt daher auf Basis der bestehenden Kriterien vor, folgende Ansätze für die Ermässigung zu prüfen:

Haushaltseinkommen	Vermögen	Ermässigung
Härtefälle		90% - 100%
bis Fr. 50 000	kleiner als Fr. 50 000	75%
Zwischen Fr. 50 000 bis 65 000		50%
Zwischen Fr. 65 000 bis 75 000		25%

Im Weiteren soll der Stadtrat prüfen, inwiefern die bestehende Struktur zur Beantragung, Finanzierung und Entrichtung der Ermässigung vereinfacht werden kann. Aktuell wird das Anmeldewesen sowie das Inkasso der Teilnahmegebühren durch das Schul- und Sportdepartement vorgenommen, während das Prüfen und Gewähren der Ermässigung durch das Sozialdepartement erfolgt. Nicht zuletzt soll auch geprüft werden, inwiefern das Angebot auf Ermässigung besser kommuniziert werden kann, indem beispielsweise die Berechtigungskriterien für eine Ermässigung auf der Webseite des Sport- und Ferienlager Fiesch einsehbar sind.

Mitteilung an den Stadtrat

5332. 2025/508

Postulat von Christian Häberli (AL) und Tanja Maag (AL) vom 29.10.2025: Verkauf der Energie 360°, Angebot von kommunalen Infrastrukturen an die jeweiligen Gemeinden zum Kauf

Von Christian Häberli (AL) und Tanja Maag (AL) ist am 29. Oktober 2025 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie beim Verkauf der Energie 360° AG mindestens kommunale Infrastrukturen der jeweiligen Gemeinde zum Kauf angeboten werden und nicht ans EKZ mitverkauft werden.

Begründung:

Der Stadtrat hat bekannt gegeben, dass er mit der EKZ in Verhandlung steht bezüglich eines Verkaufs der e360° AG. Dieser Verkauf ist, wie die Reaktionen gezeigt haben, nicht unumstritten. Eine wesentliche, unklare Rahmenbedingung, ist die Behandlung des Gasversorgungsnetzes auf dem Gebiet der Stadt Zürich. Dieses ist aus Sicht der Postulant:innen zu rekommunalisieren und ins ewz zu integrieren. Es soll nicht per Konzession durch eine verkaufte e360° AG betrieben werden. Analog zum Gasversorgungsnetz in der Stadt Zürich existieren zahlreiche Infrastrukturen wie z.B. Wärmeverbünde in Gemeinden ausserhalb der Stadt Zürich, bei denen vor einem allfälligen Verkauf zu prüfen ist, ob sie ins Eigentum der jeweiligen Gemeinde überführt und damit unter direkte demokratische Kontrolle gestellt werden können.

Mitteilung an den Stadtrat

Die Motion und die neun Postulate werden auf die Tagliste der nächsten Sitzung gesetzt.

5333. 2025/509

Dringliche Schriftliche Anfrage von Marco Denoth (SP), Anna-Béatrice Schmaltz (Grüne), Nicolas Cavalli (GLP) und 55 Mitunterzeichnenden vom 29.10.2025: Gesundheitsversorgung von trans Jugendlichen, Positionierung zu den angekündigten Zugangserschwerungen auf kantonaler und nationaler Ebene, Verhinderung von negativen Auswirkungen auf das Wohlergehen von trans Jugendlichen und ihrer Familien, bestehende Diskriminierungen in der Stadt sowie Auflagen und Weisungen an die Spitäler und das medizinische Fachpersonal

Von Marco Denoth (SP), Anna-Béatrice Schmaltz (Grüne), Nicolas Cavalli (GLP) und 55 Mitunterzeichnenden ist am 29. Oktober 2025 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Im Zuge der Herbstsession 2025 wurde im Nationalrat die Motion 25.4081 eingereicht, welche ein Verbot geschlechtsangleichender Operationen bei urteilsfähigen Minderjährigen sowie die Einschränkung von Pubertätsblockern bewirken soll und auch die Zustimmung der Eltern verpflichtend machen würde.

Zwei Tage später folgte ein Postulat von Bettina Balmer (FDP.Die Liberalen), Fachärztin der Kinderchirurgie am Kinderspital Zürich, gestützt von Vertreter:innen von SP und die Mitte, welches einen Bericht über die tatsächliche Versorgungslage trans Jugendlicher und eine grundlegende Abklärungen über Kompetenzen und Ressourcen in der Schweiz verlangt.

Initiiert wurde die Forderung nach eklatanten nationalen Einschränkungen der Gesundheitsdirektorin des Kantons Zürich, Natalie Rickli, an der Pressekonferenz am 7. Juli. Nach eigenen Auskünften hat die Gesundheitsdirektion durch bereits getroffene Massnahmen die Zahl der Eingriffe von 2023 auf 2024 um über 70% reduziert und plant weitere Schritte, um die Gesundheitsversorgung von trans Jugendlichen einzuschränken.

Im Hinblick auf die im Gleichstellungsplan 2024-2027 formulierten Ziele, wie etwa: «Die Stadt Zürich ermöglicht einen gleichberechtigten Zugang zu Gesundheit für alle Geschlechter», und die Tatsache, dass die Bevölkerung von Zürich unmittelbar von den bereits getroffenen sowie den angekündigten kantonalen und nationalen Zugangsbeschränkungen betroffen ist, bitten wir den Stadtrat um Beantwortung der folgenden Fragen:

- 1. Wie positioniert sich die Stadt Z\u00fcrich zu den bereits erfolgten sowie den angek\u00fcndigten Zugangserschwerungen zur Gesundheitsversorgung von trans Jugendlichen auf kantonaler und nationaler Ebene im Hinblick auf die eigenen Ziele zur Gleichberechtigung?
- Wie wird sichergestellt, dass die kantonalen und nationalen Bemühungen, die Anzahl der Behandlungen von trans Jugendlichen zu senken, und das verschärfte politische Klima möglichst wenig negative Auswirkungen auf das Wohlergehen von trans Jugendlichen und ihrer Familien haben?
- 3. Inwiefern bestehen bereits diskriminierende Zugangsbeschränkungen in der Gesundheitsversorgung von trans Jugendlichen und inwiefern kann die Stadt Zürich zur Beseitigung dieser Hürden beitragen? Spezifisch wird erfragt:
 - a. Bestehen Weisungen an Spitäler und an Ärzt:innen, die Abgabe von Medikamenten wie Pubertätsblockern und Hormonpräparaten aufgrund der Geschlechtsidentität unterschiedlich zu handhaben? Wenn ja, welche?
 - b. Bestehen Auflagen für medizinisch indizierte Behandlungen an urteilsfähigen trans Jugendlichen, welche an urteilsfähige cis Jugendliche nicht gestellt werden? Wenn ja, welche?
 - c. Bestehen Weisungen an Spitäler und Ärzt:innen, medizinisch indizierte Eingriffe und Behandlungen bei trans Jugendlichen ohne medizinische Grundlage hinauszuzögern oder zu unterlassen? Wenn ja, welche?

Mitteilung an den Stadtrat

5334. 2025/510

Schriftliche Anfrage von Derek Richter (SVP), Johann Widmer (SVP) und Michele Romagnolo (SVP) vom 29.10.2025:

Verkehrsunfälle im Gebiet um den Hauptbahnhof, Art der Unfälle, prozentualer Anteil der Geschwindigkeit als hauptsächliche Unfallursache, alternative Massnahmen zu Tempo 30, Auswirkungen der Temporeduktion auf den Verkehr und Konsultation der betroffenen Branchen und des Kantons sowie Abstimmung der Massnahme mit der Planung «Stadtraum Hauptbahnhof 2050»

Von Derek Richter (SVP), Johann Widmer (SVP) und Michele Romagnolo (SVP) ist am 29. Oktober 2025 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Am 22. Oktober 2025 veröffentlichte das Sicherheitsdepartement der Stadt Zürich unter dem Titel «Mehr Verkehrssicherheit dank Tempo 30 um den Hauptbahnhof». Darin wird angegeben, dass sich in den letzten fünf Jahren im Gebiet um den Hauptbahnhof mehr als 700 Verkehrsunfälle ereignet haben.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

 Welcher Art waren diese Unfälle? Wir bitten um eine tabellarische Aufstellung getrennt in Jahre und Art der Unfälle.

- 2. Zu welchem Prozentsatz war die Geschwindigkeit des MIV jeweils als die hauptursächliche Unfallursache und weshalb fehlen in der Mitteilung Belege für ein offensichtliches Sicherheitsproblem?
- 3. Wurden alternativen Massnahmen (z. B. gezielte Polizeikontrollen, Beleuchtung oder Verkehrsführungen ohne Geschwindigkeitslimits, etc.) wurden geprüft? Falls nicht, aus welchem Grund?
- 4. Ist geplant, durch die Temporeduktion Mehreinnahmen aus Bussgeldern zu erzielen?
- 5. Wie wirkt sich die Tempo-30-Zone um den Hauptbahnhof auf den Individual- wie auch den öffentlichen Verkehr aus, insbesondere auf den gewerblichen Verkehr und die Erreichbarkeit des Hauptbahnhofs aus? Existieren Schätzungen zu zusätzlichen Verzögerungen bei öffentlichem oder Individualverkehr?
- 6. Wurde die Öffentlichkeit oder betroffene Branchen (z. B. Taxi-Unternehmen, Gewerbevereinigungen, Logistikfirmen etc.) vorab konsultiert? Falls nein, weshalb nicht?
- 7. Wurde der Kanton Zürich als Inhaber eines Grossteils der von dieser Massnahme betroffenen Strassen vorab konsultiert? Falls nein, weshalb nicht?
- 8. Nahezu alle Fussgängerstreifen in diesem Gebiet sind mit Lichtsignalanlagen (LSAs) versehen, trotzdem passieren offensichtlich sehr viele Unfälle. Korreliert die hohe Anzahl der LSAs mit der hohen Zahl an Unfällen?
- Wurde diese Massnahme mit der Planung «Stadtraum Hauptbahnhof 2050» abgestimmt? Falls nein, weshalb nicht?

Mitteilung an den Stadtrat

Kenntnisnahmen

5335. 2024/193

Wahl eines Mitglieds in die SK PRD/SSD nach dem Rücktritt von Christina Horisberger (SP) für den Rest der Amtsdauer 2024–2026

Es wird gewählt (Beschluss der Geschäftsleitung vom 27. Oktober 2025):

Cordelia Forde (SP)

Mitteilung an den Stadtrat und an das gewählte Kommissionsmitglied

5336. 2024/194

Wahl eines Mitglieds in die SK FD nach dem Rücktritt von Simon Diggelmann (SP) für den Rest der Amtsdauer 2024–2026

Es wird gewählt (Beschluss der Geschäftsleitung vom 27. Oktober 2025):

Micha Amstad (SP)

Mitteilung an den Stadtrat und an das gewählte Kommissionsmitglied

5337. 2024/195

Wahl eines Mitglieds in die SK SID/V nach dem Rücktritt von Guy Krayenbühl (GLP) für den Rest der Amtsdauer 2024–2026

Es wird gewählt (Beschluss der Geschäftsleitung vom 27. Oktober 2025):

Xenia Voellmy (GLP)

Mitteilung an den Stadtrat und an das gewählte Kommissionsmitglied

5338. 2023/455

Parlamentarische Initiative der SP-, SVP-, Grüne- und AL-Fraktion vom 20.09.2023: Festlegung der Taxen in den Alterszentren durch den Gemeinderat, Änderung der Verordnung über städtische Einrichtungen für ältere unterstützungsbedürftige oder pflegebedürftige Personen (VsEP)

Gegen den Gemeinderatsbeschluss 4842 vom 9. Juli 2025 bezüglich der Parlamentarischen Initiative der SP-, SVP-, Grüne- und AL-Fraktionen betreffend die Festlegung der Taxen in den Alterszentren durch den Gemeinderat, Änderung der Verordnung über städtische Einrichtungen für ältere unterstützungsbedürftige oder pflegebedürftige Personen (VsEP), veröffentlicht im Städtischen Amtsblatt vom 16. Juli 2025, hat das Referendumskomitee «Gemeinnützige Altersheime retten!» das Volksreferendum ergriffen.

In Anwendung von § 127 in Verbindung mit §§ 143 und 158 des Gesetzes über die politischen Rechte (GPR), hat der Stadtrat am 22. Oktober 2025 beschlossen:

Das Referendum gegen den Gemeinderatsbeschluss 4842/2025 (GR Nr. 2023/455) bezüglich der Parlamentarischen Initiative der SP-, SVP-, Grüne- und AL-Fraktionen betreffend die Festlegung der Taxen in den Alterszentren durch den Gemeinderat, Änderung der Verordnung über städtische Einrichtungen für ältere unterstützungsbedürftige oder pflegebedürftige Personen (VsEP) ist zustande gekommen.